

Presseinformation

23. Oktober 2003

Zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen

Plank: Ökologisch und ökonomisch vertretbare Steigerung bei Strom aus Wasserkraft

In Mautern an der Donau wurde gestern, 22. Oktober, bei einer Diskussionsveranstaltung die Frage der Energiegewinnung aus erneuerbaren Energieträgern erörtert. Auf Basis des Ökostromgesetzes, das eine Anhebung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen (Wasser, Wind, Biogas) von derzeit 70 auf künftig rund 78 Prozent fordert, war man sich einig, dass dabei auch die Wasserkraft einen entsprechenden Stellenwert hat.

„Das Land Niederösterreich wird auch am Sektor Kleinwasserkraftwerke einen moderaten Weg in Richtung Leistungssteigerung gehen. Ein erster Schritt wird dabei die Anhebung des Wirkungsgrades bei bestehenden Anlagen sein. Dazu gibt es vom Land Niederösterreich auch ein entsprechendes Förderprogramm. In einer zweiten Stufe kann es unter Berücksichtigung der Aspekte der Wasserrahmenrichtlinie und von ökologischen und ökonomischen Argumenten da oder dort zum Neubau von Anlagen kommen. Außer Zweifel steht, dass es auch künftig Flussstrecken geben wird, wo kein Ausbau erfolgt, hielt dabei Landesrat Dipl.Ing. Josef Plank fest.

Bei der weiteren Vorgangsweise in Sachen Wasserkraft-Nutzung kann auf eine niederösterreichweit angelegte Studie zurückgegriffen werden, bei der das Ausbaupotenzial für Kleinwasserkraft in Niederösterreich untersucht wurde. Derzeit werden in Niederösterreich ca. 410 Gigawattstunden/Jahr durch Wasserkraft erzeugt. Durch Verbesserung und Modernisierung bestehender Anlagen könnten zusätzliche 70 Gigawattstunden/Jahr gewonnen werden. Durch den Bau von Anlagen an Standorten, die ökologisch vertretbar erscheinen, ist eine Stromgewinnung durch Wasserkraft von ca. 800 Gigawattstunden möglich.

„Neben der Forcierung von Biogasanlagen und der Nutzung von Windenergie wird in Niederösterreich auch eine ökologisch und ökonomisch vertretbare Steigerung der Stromerzeugung aus Wasserkraft erfolgen. Bei der Umsetzung der notwendigen Projekte soll möglichst große Akzeptanz durch die rechtzeitige Miteinbeziehung von Interessensgruppen und Betroffenen erzielt werden“, so Plank.



Presseinformation